

Verzögerung oder berechnete Anliegen?

Regionalkonferenz der Technologieregion forciert Airpark-Anbindung / Böhlen weist Kritik an Petition zurück

Von Dieter Klink

Karlsruhe – Die Technologieregion Karlsruhe drängt auf den Bau des Autobahnanschlusses zum Baden-Airpark. Dass die Petition einer Bürgerinitiative das Verfahren verzögere, stößt bei der Regionalkonferenz auf Unverständnis. „Das Petitionsrecht ist nicht dazu gedacht, Projekte zu verzögern“, sagte der Vorsitzende der Regionalkonferenz der Technologieregion, Wolfgang Grenke, gestern vor der Presse in Karlsruhe. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtags, Beate Böhlen (Grüne), wies die Kritik dem BT gegenüber zurück. Inzwischen sei die Petition geprüft worden und stehe der Planung nicht mehr im Weg, falls man die Anregungen der Bürgerinitiative einbinde, sagte Böhlen.



Wie der Baden-Airpark an die Autobahn angebinden werden soll, ist seit langem ein Thema. Nun gibt es Bewegung. Foto: pr

Grenke sprach von einem Widerspruch zum Rechtssystem. Solange die Petition in Stuttgart bearbeitet werde, sei das Vorhaben auf Eis gelegt. Das dürfe nicht sein. „Eine Petition darf nicht zu einer vorgeschalteten Verzögerung führen“, so Grenke. Alle Beteiligten würden mit ihren Interessen in einem anstehenden Planungsverfahren gehört. Grenke nannte die Petition ein taktisches Mittel. Die Bürgerinitiative „Nein zur Ostanbindung an die Autobahn“ hatte die Petition auf den Weg gebracht.

Der Geschäftsführer der Technologieregion, Jochen Ehlgötz, sagte, man werde sich an Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) wenden, weil man die Verzögerung im Planungsablauf nicht hinnehme. Das Planungsrecht biete

genügend Beteiligungsmöglichkeiten. Das Vorhaben werde nun bereits im 15. Jahr verfolgt, allein die naturschutzfachlichen Untersuchungen hätten mehrere Jahre gebraucht. „Das Projekt ist nun so reif, dass ein Planfeststellungsbeschluss erfolgen kann“, so Ehlgötz.

Böhlen wies die Vorwürfe zurück. Es sei das gute Recht der Bürger, Petitionen einzubringen. Dies als taktisches Mittel zu bezeichnen, sei unangemessen. Die Petition sei Anfang August im Ausschuss eingegangen. Das habe zunächst zu einem sogenannten Stillhalteabkommen geführt, das heißt, dass „keine Wirkung entfaltende Maßnahmen zu dem Projekt eingeleitet werden dürfen“, erklärte Böhlen. Das

sei die von Grenke kritisierte Verzögerung. Das Verkehrsministerium habe die Petition geprüft und den Petitionsausschuss gebeten, grünes Licht für die weitere Planung zu erteilen. Das sei inzwischen erfolgt.

Böhlen hat am Dienstag einen Brief an das Verkehrsministerium geschrieben. Darin erteilt sie grünes Licht. „Das Verfahren kann jetzt in die Planfeststellung gehen“, so Böhlen. Allerdings müsse die von der Bürgerinitiative eingebrachte neue Nordanbindung – eine vom Naturschutzbund (NABU) erarbeitete Variante – in das Verfahren eingebunden werden. Die alternative Verkehrsführung, die aus Sicht des NABU die Natur schonen und

zugleich Hügelsheim entlasten würde, soll am kommenden Dienstag in Hügelsheim diskutiert werden. Die Petition habe sich nicht nur gegen das Planfeststellungsverfahren gerichtet, sondern auch gegen die vorgelagerten Schritte.

Böhlen spricht von einer „minimalen Verzögerung“ durch die Petition von zwei Monaten. Ein Brief der Technologieregion an Minister Hermann sei nicht mehr nötig. „Ein Anruf von Grenke hätte genügt, um zu erfahren, dass die Petition inzwischen geprüft wurde und das Planungsverfahren nicht mehr hinauszögert. Das Stillhalteabkommen gilt nicht mehr. Aber die Anregungen der Petition müssen in der Planung berücksichtigt

werden.“ Das Verkehrsministerium habe ihr das auch mündlich zugesagt.

Die Regionalkonferenz befasste sich bei ihrer Sitzung mit weiteren Verkehrsthemen, unter anderem mit den Folgen der Havarie am Rastatter Tunnel. Grenke fordert, die Schieneninfrastruktur in der Region zu verbessern. Zum Beispiel müsse die potenzielle Ausweichstrecke zwischen Neustadt an der Weinstraße, Wörth und Straßburg durchgehend elektrifiziert und das Stellwerk in Wörth instand gesetzt werden. Außerdem müsse man künftig „europäisch denken“ – das heißt, mit Frankreich Notfallpläne abstimmen und die Sicherheitssysteme vereinheitlichen.